



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/261 - 11.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

80NN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Zur Interview Blanks	S. 1
Neue Parteibildungen in Österreich	S. 3
Stimmenfang und "freie Listen"	S. 4
Glosse: Aus dem Osten...	S. 5

Blanks Zahlenspiel

(sp) Seit einiger Zeit entfaltet der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, der Abgeordnete Theodor Blank, eine sehr lebhaft publizistische Tätigkeit. Er spricht auf Pressekonferenzen, in Rundfunksendungen und bei manchen anderen Gelegenheiten über seine Arbeit. Früher pflegte er sich auf gelegentliche, allgemeine Bemerkungen zu Themen seines Arbeitsgebietes zu beschränken. Das mochte hingehen, solange es sich bei diesen Äußerungen um eine Art Diskussionsbeitrag von sachverständiger Seite handelte. Schließlich ist die Dienststelle Blank keine militärische Geheimorganisation.

In seinen neuesten Darlegungen aber, verursacht wohl vor allem durch gewisse Krisenerscheinungen in seiner Amt, hat er sich einmal mit Grundsatzfragen der Geisteshaltung einer möglichen deutschen Armee befaßt, außerdem aber auch sehr ausführlich mit einer Fülle von technischen Einzelheiten.

Wenn er im Rundfunk erklärte, die Demokratie könne nur von Demokraten verteidigt werden, so ist das sicher ein gutes Wort, an dem nur bedauerlich ist, daß es heute bereits wieder so nachdrücklich ausgesprochen werden muß, statt daß man es allenthalben als eine Selbstverständlichkeit ansieht. Es gibt mancherlei Anzeichen, die zu der Annahme berechtigen, der Abgeordnete Blank meine es mit dieser Maxime sehr ernst. Auch hat die Art und Weise, wie er zu dieser Frage kürzlich vor der Presse Stellung nahm,

alles in allem, angesprochen, wenn auch nach dem Geschmack manches Beobachters wiederholte Wendungen wie "meine Soldaten" etwas peinlich wirkten.

Gänzlich verfehlt sind aber alle Mitteilungen des Sicherheitsbeauftragten, die sich auf Einzelheiten der Stärke eines möglichen deutschen Kontingentes, der internen Aufgliederung seines Bestandes, der Ausrüstung usw. beziehen. Da gab es eine Liste von neuen Generalen, Angaben über einen zu ernennenden (!) Personalausschuß mit Kontrollbefugnissen bei der Einstellung von Offizieren und viele Dinge mehr. Die Form, in der all das bekanntgegeben wurde, trägt alle Kennzeichen des Versuches, den Eindruck zu erwecken, als handle es sich bei der Aufstellung einer deutschen Armee um eine beschlossene Tatsache. Es ist die in jeder Propaganda bewährte suggestive Methode des *fait accompli*: Das alles ist beschlossen, im wesentlichen schon vorhanden, daran gibt es nichts mehr zu rütteln und zu deuten.

Dagegen muß sehr entschieden Einspruch erhoben werden. Das Bemühen, so zu tun, als sei die deutsche Armee im Grunde bereits eine Realität, der man nicht mehr ausweichen könne, führt absolut irre. Es liegt kein entsprechender Beschluß des Parlamentes vor, kein Gesetz über die Wiedereinführung einer deutschen Wehrmacht, auch keine Entscheidung einer dafür legitimierten Stelle über irgendeine Einzelfrage, die sich aus solcher Wiederaufrüstung ergäbe. Außerdem ignoriert Blank, wenn er so verfährt, die Tatsache, daß eine kommende deutsche Armee, wenn sie in der Tat Wirklichkeit werden sollte, nach den heute gegebenen Voraussetzungen in bestimmenden Zügen das Gesicht tragen wird, das die EVG-Partner ihr geben wollen.

Wenn sich schon die Dienststelle Blank sozusagen "auf Verdacht" mit den technischen Modalitäten der Aufstellung einer möglichen deutschen Armee zu befassen hat, so ist es ganz bestimmt nicht die Aufgabe ihres Leiters, Militärpropaganda im Sinne der Politik Adenauers zu treiben. Dieses Spiel mit Ziffern und Begriffen als feststehenden Größen ist illusionär und politisch sehr bedenklich. Auch fragt sich sehr, ob es nicht in viel mehr Fällen, als Theodor Blank glaubt, die gegenteilige als die von ihm erhoffte Wirkung haben kann.

+ + +

Mimikry in Schwarz

O.R.--Wien

Bei den nun endgültig auf den 22. Februar 1953 festgelegten Wahlen in den österreichischen Nationalrat werden sich außer den beiden bisher koalitierten Großparteien, die 1949 etwa 80 v.H. der gültigen Wählerstimmen erhielten, auch einige kleinere Gruppen auf das Feld wagen. Das bürgerliche Lager rechnet mit dem Auftreten einer stärkeren Partei der Mitte. Sie soll aus dem Verband der Unabhängigen und der politisch noch unerprobten "Aktion zur politischen Erneuerung" durch Fusion entstehen. Die Aussichten dieser Partei sind nicht schlecht; man rechnet damit, daß die Österreichische Volkspartei an sie einige Mandate abgeben müssen; damit ist aber nicht gesagt, daß sie bedeutend über das Gewicht der 16 VdU-Leute im Parlament hinauswachsen wird. Die Verhandlungen zwischen VdU und Aktion, die sich nun schon über ein Jahr hinziehen, stehen nunmehr unter Termindruck. Es wird natürlich viel davon abhängen, ob in der kurzen Zeit ein tragfähiges programmatisches Fundament geschaffen werden kann.

Während hier mit bürgerlicher Emsigkeit einem Retortenkinde das Bettchen bereitet wird, hat die extreme Linke bereits ein wichtiges Problem gelöst: Die Namensgebung für das Lebewesen, das sie dem neuen Parlament ins Nest setzen will. Daß die Kommunistische Partei in Österreich nicht unter ihrem (man möchte fast sagen: ehrlichen) Namen um die Stimmen der Wähler werben kann, ist ihr längst klar. Sie zog anno 1949 als "Linksblock" in den Kampf und brachte außer ihren alten ehrlichen Anhängern auch einige Gimpel dazu, auf die Leirute zu gehen.

Inzwischen hat es sich herumgesprochen, daß der Linksblock nicht die "Vereinigten Linksozialisten und Kommunisten", sondern die Kommunisten plus dem "Sozialisten" Scharf sind. Mit dieser Firma läßt sich bei der nächsten Wahl kein Geschäft mehr machen. Die KPÖ hat daher, nicht ungeschickt einen Teil der Unzufriedenen ansprechend, beschlossen, hinter der Fahne "Österreichische Volksopposition" in die Wahlarena zu ziehen. Das Programm ist bereits fertig. Jeder Oppositionelle kann es unterschreiben, weil es beachtlich allgemein

gehalten ist und natürlich nichts von Volksdemokratie enthält; man gibt vor, für eine Politik der Unabhängigkeit und der Verständigung, für die Sicherung der demokratischen Freiheiten, für den Wohlstand des Volkes, soziale Gerechtigkeit und die Schaffung eines Wirtschaftskonzeptes kämpfen zu wollen.

Interessant ist, daß die KPÖ jetzt das nationale und patriotische Mäntelchen abgelegt und gegen ein frommes, ja katholisches eingetauscht hat. Der Universitätsprofessor Dr. Dobretsberger, der es jahrelang versucht hat, die katholische Intelligenz für seine kommunistische "Demokratische Union" zu keilen, ein Bemühen, das einige seiner Anhänger erst jetzt durchschaut haben, ist mit fliegenden Fahnen, aber nur mit wenigen Getreuen zur "Österreichischen Volksopposition" übergelaufen und befindet sich nun in jener Gesellschaft, der er als "getrennt Marschierender" schon längst angehört.

+ + +

"Freie Listen" - ein neues Element in der Politik

Aus Rheinland-Pfalz wird uns geschrieben:

Die wichtigste Erscheinung nach den eigentlichen Wahlergebnissen der Gemeinde- und Kreistagswahlen in Rheinland-Pfalz dürfte die zu beobachtende Häufigkeit im Auftreten der sogenannten "Freien Listen" oder "Wählergemeinschaften" sein. In Städten, Gemeinden und Dörfern aller Größenordnungen gibt es sie. Zu einem Teil sind es Tarngruppen der großen politischen Parteien CDU oder FDP oder beider zusammen; allein die SPD hat in keinem Fall von dieser Möglichkeit des Stimmfanges mit dem beliebten Wort "parteilos" oder "unabhängig" Gebrauch gemacht. Zum größeren Teil sind es jedoch echte Interessenvertretungen im ungünstigen Sinne des Wortes: Angeregt und geführt von ehrgeizigen Gemeindepolitikern, meist sich zusammensetzend aus einem Teil der "honorierten" Vertreter der Gemeinden, haben sie sich offen und versteckt die Sicherung mittelständischer Sonder-Interessen zum Ziel genommen. In einigen politisch noch ungünstiger gelagerten Pfläzchen sollen sie unverhohlen die Interessen der finanziell stärksten Schichten der einzelnen Gemeinde - Fabrikherren, Gutsbesitzer u.ä. - endlich auch im Gemeinderat vertreten.

Die politischen Auswirkungen dieser neuen "unpolitischen Politiker" werden naturgemäß vorläufig auf die Kommunen beschränkt bleiben. Sie sind aber die Ankündigung einer sich anbahnenden Zersplitterung, die derjenigen der Weimarer Zeit nicht unähnlich sein würde. Es sollte deshalb den großen Parteien nicht einerlei sein, ob sich diese Entwicklung auf den natürlichen Rahmen beschränkt oder ob sie von der Gemeindeebene zur Kreisebene - wie bereits geschehen - auf die Landesebene übergreift. Man braucht nicht schadenfroh zu werden über der Tatsache, daß CDU und FDP sich mit der Förderung der Freien Listen selber beträchtlich Abtrag zufügen, da durch sie gefährliche radikale Keime in die Politik und antipolitische Gedanken in die Köpfe der Wähler gesetzt werden, die dem erst jung erwachten politischen Bewußtsein auf jeden Fall abträglich sein müssen.

+ + +

Aus dem Osten ...

...kommt das Licht, so sagt ein alter Spruch, und sehr oft ist schon versucht worden, diesen Spruch in bolschewistischem Sinne anzuwenden und so auszudeuten, als käme alles Heil und aller Segen aus östlichen Gefilden. Wie ein neuer Morgen soll die Botschaft dieses Heils das Abendland überfluten und beleben.

Aber ach, es ist mit dem Licht wie mit dem Segen gar nicht so weit her, wie man uns glauben machen möchte, und es scheint jetzt wieder im buchstäblichen Sinne östlich von uns recht dunkel zu werden. Da wurde in Wismar so etwas wie eine "Durchführungsbestimmung zur Verordnung zur Regelung der Energieversorgung" erlassen, in der den Bäckereien aufgegeben wird, den Brötchenverkauf ab 7 Uhr morgens nur mit einer 25-Wattlampe zu tätigen und in der alle Läden und Gaststätten angewiesen werden, ihren Stromverbrauch um 50 Prozent einzuschränken. Für Haushaltungen gilt ein Höchstsatz von 40 Watt.

Diese Verordnung ist natürlich nur ein Zeichen unter vielen anderen für die gesamte sowjetzonale Situation, die immer noch durch den Mangel gekennzeichnet ist, da man dort nicht nur die Methoden der Propaganda, sondern auch die der Einschränkungen aus dem Paradies der Werktätigen übernommen hat.

Es ist auch weiter kein Wort darüber zu verlieren, denn alle diese Dinge sind bekannt genug. Es ist nur immer wieder einmal interessant, in sowjetzonalen Zeitungen zu blättern und sich den Widersprüchen zu widmen, die dort zwischen Hennecke-Artikeln und obrigkeitlichen Verordnungen, zwischen Wirklichkeit und Propaganda so offensichtlich ausgebreitet sind. Und da ist eben diese Strom-Einschränkungs-Durchführungsbestimmung so reizend beispielhaft: Daß aus dem Osten das Licht kommt, kann man mit 25 Watt nicht gerade sehr einleuchtend demonstrieren.

R.G.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau